SUCHMASCHINE TUNINGEN

Informationen und Bilder aus Tuningen

11. Jahrgang | Schwarzwald-Baar-Kreis

Kategorie: Justizvollzugsanstalt-Gefängnis | Datum: Montag, 2. Juni 2014 | Artikel: JVA-16

Baden-Württemberg

JUSTIZVOLLZUGSANSTALT TUNINGEN

Gemeinderatsitzung - Montag, 02.06.2014 - 19:30 Uhr

Gemeinderatssitzung am Montag, 2. Juni 2014 um 19:30 Uhr im Sitzungssaal Ochsen mit dem wichtigen Tagesordnungspunkt 4. **Bürgerentscheid** am 06.07.2014 - Stellungsnahme der Gemeindeorgane zur Ansiedlung der geplanten JVA auf der Gemarkung Tuningen.

Gemäß § 21 Abs. 5 der Gemeindeordnung muß den Bürgern **die innerhalb der Gemeindeorgane vertretene Auffassung** dargelegt werden, wenn ein Bürgerentscheid durchgeführt wird.

Bürgermeister Jürgen Roth, Sandra Ittig – Hauptamt, Ramona Tümer - Assistenz BM (v.l.). Foto: Manfred Schaefer

Ergebnis - Aus dieser Gemeinderatssitzung und Abstimmung heraus, wurde folgende Stellungnahme abgegeben:

"Der Gemeinderat hat mehrheitlich die Auffassung, dass auf der Gemarkung der Gemeinde Tuningen eine Justizvollzugsanstalt des Landes Baden-Württemberg angesiedelt werden soll."

Jürgen Roth eröffnete die Sitzung und stellte klar, dass vor einem Bürgerentscheid die Stellungnahme vom Gemeinderat und dem Bürgermeister gefordert sei, er stellte anschließend in einer kurzen Einführung (einem Abriss) den Verfahrensverlauf (Suchlauf) bzw. die Informationspolitik der Landesregierung dar und stellte fest, dass er während des Prozesses leicht sauer war aufgrund der schleppenden Informationen und der immer neuen Standortmöglichkeiten auf gemeinsamer Tuninger / Weigheimer bzw. alleiniger Tuninger / Weigheimer Gemarkung.

… ..... **…**

Ausführliche Anmerkungen der Redaktion:

Kurzer Abriss zu den Anfängen des Suchlaufes - (Rückblick in das Jahr 2012):

Der Suchlauf mit Start vom 04.02.2012, für einen geplanten Neubau einer Justizvollzugsanstalt mit mind. 500 Haftplätzen im Städtedreieck Rottweil, Donaueschingen, Tuttlingen ist abgeschlossen. Der Ablauf der Bewerbungsfrist war am 30.03.2012. Auf einer Prioritätenliste zwecks der Suche nach einem neuen JVA-Standort für das Land Baden-Württemberg, durch den "Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Konstanz", ist auch der Name Tuningen-Weigheim mit einem privaten mind. 12 ha großen Grundstück verzeichnet, so der Fraktionschef der SPD im Stuttgarter Landtag - Claus Schmiedel. „Die Gebietskulisse für den Suchlauf umfasst das Städtedreieck Rottweil, Donaueschingen, Tuttlingen.“, so eindeutig auf dem Internetportal "Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung" (http://www.vbv.baden-wuerttemberg.de) zu lesen. Im Dokument "Standortsuchlauf für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt 12 Standortvorschläge liegen nach Ablauf der Bewerbungsfrist vor", steht „Somit verbleiben derzeit 7 Vorschläge innerhalb [...] des vorgegebenen Suchdreiecks.“

Baden-Württemberg - Pressestelle - Ministerium für Finanzen und Wirtschaft PRESSEMITTEILUNG vom 19.12.2012, Nr. 465 / 2012, Standortsuchlauf für neue Justizvollzugsanstalt im Raum Rottweil, Donaueschingen, Tuttlingen. Weitergehende Prüfung der am besten geeigneten Standorte vereinbart.

„[...] Entsprechend der Rangfolge des Ergebnisses dieses Suchlaufs sind Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der Minister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid sowie Justizminister Rainer Stickelberger an diesem Mittwoch (19. Dezember 2012) übereingekommen, in erster Linie die beiden erstplatzierten Standorte Tuningen und Weigheim näher zu untersuchen [...].

… ..... **…**

Jürgen Roth: Die Kosten des Bürgerentscheid trägt die Gemeinde, die der Meinungsbildung das Land Baden-Württemberg, auch würde die Entscheidung des Bürgers, nach deren Abstimmung vom Land anerkannt.

Artikel einer hiesigen Tageszeitung - Neckarquelle | Südwest Presse

Nach einem Artikel einer hiesigen Tageszeitung - Neckarquelle | Südwest Presse auf der Seite SCHWARZWALD-BAAR vom Samstag, 31. Mai 2014 mit der Überschrift „Weigheim hängt an Tuningen - Gefängnisprojekt: AGG sprach mit Politikern / VS-Stadtteil keine Alternative“, hatte Herr Roth mehrere Telefonate und stellte klar, falls Anträge der CDU / FDP eingehen, dass die JVA bei einem ablehnenden Bürgerentscheid aus Tuningen nicht in Weigheim gebaut werden soll, sondern der Standort direkt zu Rottweil übergehen soll, dieser Antrag in den Ständigen Auschuss geht und nicht das Parlament und die Opposition bei der Standortfrage entscheidet, sondern die Mehrheit der Landesregierung, zu denen die eventuellen Antragsteller nicht gehören.

Jürgen Roth: Er erwarte sich morgen bei der 2. Informationsveranstaltung der Gemeinde Tuningen eine klare Aussage über den alleinigen Standort Weigheim von der Landesregierung. J.R.: Beim Bürgerentscheid darf man ab 16-Jahren wählen und die Bindung dieses Entscheids würde 3-Jahre sein.

Anm. d. Red. - Lesen sie dazu den Bericht am 03.06.2014

URL: www.tuningen24.de/news/tuningen/2014/jva-bericht-17-03062014-tuningen.pdf

Dann sprach Herr Roth vom Quorum bzw. einem Doppelquorum - die gestellte Frage wird dann in dem Sinne entschieden, indem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde. Diese Mehrheit muss aber mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten betragen, dies sind in Tuningen 581 Stimmen (Abstimmungsquorum).

Anm. der Redaktion – Beispiel:

Wenn beim Ergebnis der Abstimmenden z.B 80% für die JVA stimmen und 20% dagegen, kann es dennoch sein, dass diese deutliche Mehrheit am 25 Prozent-Zustimmungsquorum scheitert, wenn diese 80% nicht mindestens 581 Stimmen sind. Deshalb ist es superwichtig, dass sie liebe Leser zur Abstimmmung gehen, völlig egal ob sie für oder gegen die Ansiedlung einer JVA in Tuningen sind, nur durch viele Stimmen kann die entsprechende Mehrheit von **mind. 581 Stimmen** erreicht werden, ein mir ist es egal ob auf Tuninger Gemarkung eine JVA errichtet werden darf oder nicht ist nicht zielführend, egal in welche Richtung. Viele Bürgerentscheide sind schon an der 25%-Hürde gescheitert, weil man eben möglichst viele Bürger bei der Entscheidung mitnehmen möchte.

- Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Ratsbeschlusses -

Bürgermeister Jürgen Roth stellte dies folgendermaßen dar:

490 Stimmen zu 493 Stimmen = Kein Quorum, so müsste dann der von ihnen am 25.05.2014 in Tuningen gewählte neue Gemeinderat die Entscheidung übernehmen.

Abstimmung in alphabetischer Reihenfolge: 8 / 5

1. [**NEIN**] (Freie Liste) Boschert Oliver - Elektromeister - selbstständig
2. [**JA**] (Freie Liste) Britsch Eckhard Dr. med. - Arzt - selbstständig
3. [**JA**] (LBU) Groh Barbara - Lehrerin
4. [**NEIN**] (UWV) Kreutter Peter – Dipl.-Agraringenieur (FH) - selbstständig
5. [**NEIN**] (UWV) Kunz Ulrich - Friseurmeister - selbstständig
6. [**JA**] (LBU) Maier Emil - Dipl.-Betriebswirt (FH)
7. [**NEIN**] (LBU) Mauch Hans - Dipl.-Bankbetriebswirt (ADG)
8. [**JA**] (UWV) Müller Friedbert - Gärtner - selbstständig
9. [**NEIN**] (Freie Liste) Münch Hans - Dipl.-Finanzwirt (FH)
10. [**JA**] (Freie Liste) Schneckenburger Roman - Bankfachwirt
11. [**JA**] (Freie Liste) Schulz Heinz - Gas-Wasser-Installateurmeister selbstständig
12. [**JA**] (UWV) Vogel Roland - Physiotherapeut - selbstständig
13. [**JA**] (Vorsitz) Roth Jürgen - Verwaltungswirt und Betriebswirt (VWA)

Eröffnete Diskussion / Erklärungen / Statements:

[**NEIN**] **Herr GR Münch Hans:** Ein Zeitungsartikel der „Neckarquelle“ sagt, dass der Standort Weigheim nur in Verbindung mit Tuningen funktioniert, der alleinige Standort Weigheim sei keine Alternative, das längliche Rechteck sei nur zusammen mit Tuningen realisierbar, daraufhin verwies BM Roth auf die Wertungsmatrix vom 17. Oktober 2012, dabei würde Weigheim und Tuningen gesondert behandelt u. geprüft, auch zitierte Herr Roth einen entsprechenden Textausschnitt von der staatlichen Vermögen- und Hochbauverwaltung Baden-Württemberg (E-Mail), wo die alleinige Prüfung des Standorts Weigheim nochmal dargestellt wurde. GR Münch: Eine JVA mit 500 Häftlingen gehe nicht zusammen mit einer Gemeinde von 3000 Einwohnern. Tuningen hätte keine Zentralfunktion und die 5-6 zu ersetzenden Anstalten würden nur zu einer Effizienzrendite führen, Arbeitsplätze werden gestrichen. Wir hätten schon viele Einschränkungen in Tuningen gehabt, wie z.B. mit der Autobahn, Mülldeponie und Umgehungsstrasse. Im Suchlauf hätte Rottweil 3 Standorte, zwei wären geeignet und in Tuningen versucht man es durchzudrücken, so GR H. Münch.

[**JA**] **Herr GR Maier Emil:** Die jährlichen Zuweisungen des Landes, die von der AGG mit 2% des Gesamthaushaltes beziffert wurden, seien falsch und würden prozentual viel höher ausfallen, auch seien die Befürchtungen der damaligen Bürgerinitiativen nicht mehr existent.

Anm. d. Redaktion: Bürgergemeinschaft Offenburg-Uffhofen e.V. - Herr Robert Schulz und Bürgerverein Offenburg-Albersbösch e. V. - Herr Karl Winterhalter.

Herr GR Maier: Bis vor kurzem wussten 95 % der Tuninger nicht, dass es in Heimsheim eine JVA gibt, dies dazu ob durch die Namensgebung ein Imageschaden

entstehen würde. Mann sollte auch auf die Nettomehreinnahmen von 173.000 Euro nicht verzichten. Tuningen hätte einen Zuschussbedarf von 475.000 Euro jährlich, für Kinder / Senioren etc.. Sukzessive würde es zu Zuzügen aufgrund der JVA und zu Arbeitsplätzen kommen. Wenn bei der Standortfrage ein Nein aus Tuningen kommt, würde es keinen neuen Suchlauf geben, nur die Bewertung würde entsprechend verändert. VS (Villingen-Schwenningen) wird alles daran setzen, dass es nach Weigheim kommt. Eine grosse Chance würde vergeben, so GR E. Maier.

Anm. d. Red. - Lesen sie dazu den Bericht vom 20.02.2014 (JVA-13) Alleinige Standortverfolgung des Tuninger Liaporgeländes für JVA Ansiedlung unter der Überschrift „Oberbürgermeister von Villingen-Schwenningen".

URL: http://www.tuningen24.de/news/tuningen/2014/jva-bericht-13-20022014-tuningen-top1.pdf

Konzentrierte Anspannung am Tuninger Ratstisch bei den einzelnen Ausführungen. Foto: Manfred Schaefer

[**NEIN**] **Herr GR Kunz Ulrich:** Wie sieht es mit der Rekultivierung aus, wenn das Gefängnis nicht kommt? 1965 seien Verträge mit dem Urbetreiber geschlossen worden, darauf BM Roth: Eine Renaturierung wird durchgeführt, dies sei damals mit dem Geologischen Landesamt Baden-Württemberg (GLA) festgelegt worden.

Anm. der Redaktion: Die Geschichte des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) ist recht jung. Sie beginnt im Juli 1998 mit der Zusammenlegung des Geologischen Landesamts (GLA) mit dem Landesbergamt (LBA) zum Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg (LGRB). Seit Inkrafttreten der baden-württembergischen Verwaltungsreform (1.1.2005) ist das LGRB eine Abteilung im Regierungspräsidium Freiburg.

Quelle: Regierungspräsidium Freiburg - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau in 79104 Freiburg i. Br.

BM Roth: Es gibt Entwürfe und das Gebiet ist festgeschrieben, aber es würde nur den hinteren Hangteil betreffen, der vordere Teil sei davon nicht tangiert. GR Kunz: Frage – Ist der Vertragspartner in Rechtsfolge noch vorhanden oder gibt es Ersatzmaßnahmen? BM Roth: Das Gelände Liapor liegt im Außenbereich und es

gäbe keine planungsrechtliche Festsetzung. Wenn der Abbaubetrieb eingestellt wird oder das Bergrecht 2020 ausläuft bzw. eine Verlängerung beantragt wird, wird ohne die Gemeinde und ohne deren Wille nichts geschehen auch keine JVA.

GR Herr Kunz: Anfangs sei er offen zum Thema gewesen, doch aufgrund vieler Gespräche mit Mitbürgern sei er immer wieder auf Skepsis und Vorbehalte gestossen, die Verträglichkeit für den Ort wäre schlecht, aufgrund dieser Gespräche hätte er Abstand von den Plänen der Landesregierung genommen.

Hauptamtsleiterin der Gemeinde Tuningen - Frau Sandra Ittig: Morgen geht eine Broschüre in den Druck, möchten die Fraktionen noch eine aktuelle Stellungnahme einbringen. Alle drei Fraktionen haben abgelehnt, weil die Zeitschiene zu kurz sei, bzw. aufgrund der verschiedenen Positionen die innerhalb der einzelnen Fraktionen herrschen, sei dies schwer in einer gemeinsamen Fraktionsaussage einzubringen.

[**NEIN**] **Herr GR Mauch Hans:** Aufgrund seiner gesammelten Pro und Kontra Argumente sei es ihm leicht gefallen, eine Entscheidung zu treffen aber aufgrund der Brisanz der Presseveröffentlichung am Samstag (Anm. der Redaktion siehe weiter oben in diesem Bericht unter - Artikel einer hiesigen Tageszeitung - Neckarquelle | Südwest Presse) und wenn es sich verhärtet, dass der Standort Weigheim allein möglich ist und die Tuninger beim Bürgerentscheid ablehnen und die Entscheidung wieder an den Gemeinderat zurückfällt, behält er sich vor seine Meinung zu revidieren.

[**JA**] **Herr GR Schneckenburger Roman:** Wichtig – die Vorgehensweise des Gemeinderats sei positiv und es sei sein ausdrücklicher Wunsch, dass der Ausgang des Bürgerentscheides von allen akzeptiert wird ohne die Voraussage der Spaltung der Gemeinde. Tuningen soll eine herzliche Gemeinde bleiben. Zu den wirtschaftlichen Faktoren, 2008 wäre man im Krisenhaushalt über jeden Cent froh gewesen, zudem leiste sich die Gemeinde sehr viele Freiwilligkeitsleistungen (Jugendarbeit etc.), die wir nicht müssten, so Schneckenburger. Das Land investiert 70 bis 80 Millionen, dann könne es eventuell auch die Möglichkeit geben, dass die Gemeinde die Chance hätte über einen Lärmschutz entlang der Autobahn A 81 zu verhandeln (Wunsch). Bei einem Zusammentreffen mit Jens Löw, unserem Förster mit dem Forstrevier Brigachtal-Tuningen, befragte er ihn zu seiner Stellungsnahme JVA Tuningen – Liaporgelände – die Antwort von Jens Löw lautete: „Genau da g'hörts hin“.

Anm. der Redaktion: Zum 1. Mai 2014 gab es beim Forstamt des Schwarzwald-Baar-Kreises einige personelle Neubesetzungen. Das Forstrevier Bad-Dürrheim-Tuningen wird künftig durch Holger Binkert und das Forstrevier Brigachtal durch Sven Jager geleitet.

Herr GR Schneckenburger: Beim Besuch der JVA in Offenburg, waren ehemalige Gegner vor Ort, die nach 3-Jahren Betrieb der JVA-Offenburg zu folgender Aussage kamen - Nach 3 Jahren kann ich sagen, von allen Befürchtungen sind tatsächlich 0,0 % eingetreten.

Anm. d. Red.: Ein Link zum entsprechenden Bericht stellen wir ihnen nachfolgend zur Verfügung:

URL: http://www.tuningen24.de/news/tuningen/2013/informationsveranstaltung-jva-offenburg-article-8-04052013.pdf

[**JA**] **Frau GR Groh Barbara:** Die Faktenlage des Liaporgeländes sei so in Ordnung, früher wäre sie täglich Freigängern begegnet und sie hätte nie Angst

gehabt, es gäbe auch keinen Imageschaden für Tuningen und es würde langfristig Arbeitsplätze geben sowie eine Chance für die Erhaltung der Infrastruktur. „Ein klares Ja für die JVA“.

Anm. der Redaktion (Nicht wahr ?): Zitat von Dr. Heiner Geißler - Bundesminister a. D. (84). Keine Angst vor Menschen - *„Ich habe mir abgewöhnt, Angst zu haben. Vor allem Furcht vor Menschen ist immer falsch; jeder ist sterblich; man muss sich unabhängig machen, psychisch und materiell [...].“*

Ein Teil der zahlreichen Besucher/innen

Viele Besucher verfolgten gespannt die interessante Sitzung. Foto: Manfred Schaefer

[**JA**] **Herr GR Britsch Eckhard:** Ihm sei die Entscheidung nicht leicht gefallen, erst sei er dagegen gewesen, dann hätte er sich informiert und musste feststellen, (hatte die Einsicht), dass eine grosse Einrichtung besser wäre als viele kleine Einheiten. Auch angesehene Menschen können in einer JVA landen. Wenn die JVA nur in Weigheim steht, hat die Gemeinde Tuningen nichts davon, so GR Britsch und dies wäre schlecht, sowieso würde sie in Tuningen hinter dem Wald verschwinden und der Drogenumschlagplatz würde nicht grösser werden.

[**JA**] **Herr GR Müller Friedbert:** Eine halbe Million Euro für Freiwilligkeitsleistungen sei viel Geld, die Gemeinde sollte deshalb auf die zu erwartenden Einnahmen des Landes nicht verzichten. Auch müsse der Vollzug akzeptiert werden, und er sehe aufgrund von wirtschaftlichen und demokratischen Grundregeln eine Erfüllungspflicht gegenüber dem Land, die mit ihren Experten den Standort in zentraler Stelle des geforderten Suchdreiecks realisieren möchten.

[**JA**] **Herr GR Schulz Heinz:** Herr Schulz hielt sich knapp - Nach dem Besuch der JVA-Offenburg war ihm klar, dass die Szenerie der Gefahrenpotentiale nicht der Fall sind und er sehe die wirtschaftlichen Aspekte als positiv und Weigheim könnte es auch noch werden, deshalb hat er eine positive Einstellung gegenüber einer JVA-Ansiedlung.

[**JA**] **Herr BM Roth Jürgen:** Er schliesse den ersten Teil der Sitzung, das Hauptorgan der Gemeinderat hätte seine Entscheidung abgegeben. Herr BM J. Roth: Er spricht sich für die Ansiedlung einer JVA aus! - es gebe kein schwarz oder weiss, klar sehe er auch, dass es Nachteile gibt aber auch Vorteile. Lernen über eine JVA – Er hätte sich genügend informiert und Ja, eine JVA sei kein Ponyhof – innerhalb einer JVA sei es immer schwierig aber es wären keine Monster oder nur Schwerverbrecher. Für ihn wäre die Aussage vom Land, dass es keinen „Offenen Vollzug" mit Freigängerheim und keine sozialpsychiatrische Abteilung gibt wichtig gewesen – dies könne dann mittels des Erschließungsvertrages (langfristig) ausgeschlossen werden. Auf Schonwiesen wäre die JVA hüben wie drüben falsch.

BM Jürgen Roth: Die Mülldeponie hätte uns damals grossen Reichtum (jährliche Entschädigungszahlungen) gebracht.

Anm. d. Redaktion - Mülldeponie Rückblick:

Auf der Deponie Tuningen des Schwarzwald-Baar-Kreises wurde von **1978** bis 1985 der gesamte Abfall aus dem nördlichen Kreisgebiet abgelagert. 1986 bis 1996 wurde die Deponie gemeinsam von den beiden Landkreisen Schwarzwald-Baar und Tuttlingen verfüllt. 1997 erfolgte ein Übergang zur gemeinsamen Ablagerung auf der unmittelbar angrenzenden Deponie Talheim. Ab 1998 wurde der gesamte Abfall aus dem nördlichen Kreisgebiet des Schwarzwald-Baar-Kreises sowie der Abfall des Landkreises Tuttlingen auf der Deponie Talheim abgelagert. Die Verfüllung der Deponie Tuningen wurde Ende **1997** eingestellt. Auf der Ostseite der Deponie Tuningen grenzt die Deponie Talheim an das Deponiegelände an. Betreiber der Deponie Talheim ist der Landkreis Tuttlingen, Betreiber der Deponie Tuningen der Schwarzwald-Baar-Kreis. Quelle: Landkreis Tuttlingen

Anm. d. Redaktion – Mülldeponie:

Sie enthält Hausmüll, Gewerbeabfälle, Bauschutt und sonstige mineralische Abfälle, die Errichtung des Oberflächenabdichtungssystems um Wasserstaus im Deponiekörper und Böschungsrutschungen zu verhindern wird noch weitere Jahrzehnte in Anspruch nehmen (Nachsorge) - auch müssen immer wieder Sickerwassersammler saniert sowie die Entgasung instandgesetzt und optimiert werden.

BM Jürgen Roth: Die Ängste bzw. Argumente gegen die Kreismülldeponieansiedlung waren damals (1977) ähnlich, aber durch die JVA bestehe kein erhöhtes Gefährdungsrisiko und Heimsheim sei so friedlich wie Tuningen heute. Er sehe die Chance für Tuningen für Ärzte, der Geistlichkeit etc. Der Verkehr wäre ähnlich wie für das Netto-Zentrallager und die Anfahrt würde über die BAB 81 bzw. die B 523 erfolgen, der Ort selbst wäre wenig tangiert. Nach Summe aller Abwägungen sehe er einen leichten Vorteil zugunsten einer JVA Ansiedlung auf Tuninger Gemarkung und für den Bürgermeister gäbe es gehaltstechnisch keine Verbesserungen, wie dies teilweise im Ort kommuniziert würde. Die Verhandlungen zwischen Liapor und dem Land laufen, so BM J. Roth – Er sehe sich auch in einer Doppelrolle und hätte mehrere Hüte auf.

Fragestunde / Verschiedenes

GR Herr Schulz: In den letzten 3-Wochen hätte er einige unangenehme Erfahrungen mit Tuningern Mitbürgern gemacht, viele haben kein Verständnis für

Demokratie und man würde persönlich angegangen sowie zu unmöglicher Zeit angerufen, um seine Position gegenüber der JVA-Ansiedlung abzufragen.

BM J. Roth: Schliessung der Sitzung.

Impressionen

Kurz nach Schliessung der Sitzung, die ersten brechen auf. Foto: Manfred Schaefer

Ausblick auf die Bürgerversammlung am 25. Juni 2014

Die Gemeinde wird demnächst eine umfassende Broschüre zum Thema JVA Ansiedlung verteilen. Bei der Bürgerversammlung in 3 Wochen, am Mittwoch 25. Juni 2014 in der bestuhlten Festhalle soll es zudem die Möglichkeit geben, die Veranstaltung auf dem nebenliegenden Schulhof per Leinwand und Lautsprecher per „Public Viewing“ mitzuverfolgen. Um die Bürger auf dem Schulhof mit zu beteiligen, haben diese die Möglichkeit per SMS Fragen oder auch Statements direkt in die Halle zu schicken, diese werden dann per Beamer auf eine Leinwand projiziert und dementsprechend in die Diskussion mit eingebracht. In der Halle selbst werden Mikrofone herumgereicht um an der Diskussion teilnehmen zu können. Auf dem vor der Bühne aufgebauten Podium, werden Herr Futter vom Land, BM Jürgen Roth von der Gemeinde Tuningen und die Vertreter der Arbeitsgruppe JVA und der Bürgerinitiative AGG positioniert sein. Quelle: Spurgruppe / JVA Tuningen

Dokument: *jva-bericht-16-02062014-tuningen.pdf*

Permalink: *www.tuningen24.de/news/tuningen/2014/jva-bericht-16-02062014-tuningen.pdf*

Schaefer, M. (2014). JVA Tuningen 16. 06/2014. Online in Internet: URL:

www.tuningen24.de/news/tuningen/2014/jva-bericht-16-02062014-tuningen.pdf

Stand: *03.06.2014, 01:32*